

Vor 70 Jahren erzwang
Hitler die Preisgabe
des Parlamentarismus

Das Ende der deutschen Parteien

Manfred Funke

Am 14. Juli 1933 erklärte die Reichsregierung die NSDAP zur einzig zugelassenen Partei. Per Gesetz wurden Neugründungen untersagt. Zuvor waren die alten Organisationen verboten oder zur Selbstauflösung gezwungen worden. In nur fünfzehn Wochen hatte Hitler seine Drohung wahr gemacht, den Parteienstaat zu liquidieren. Theodor Heuss, seinerzeit Mitglied des Reichstages für die Deutsche Staatspartei, kommentierte am 15. Juli die Katastrophe. Danach hatten die Parteien keine sinnvolle Möglichkeit zur politischen Gruppenarbeit mehr gesehen. Sie seien eingeschüchtert und „seelisch ausgehöhlt“ worden. „So entschlossen sie sich, in glanzloser Resignation zu kapitulieren.“

Geschichtspolisierung

Diese Freigabe des Weges zur Diktatur wurde nach 1945 je nach Debattenlage den Abgeordneten vorgeworfen, die dem Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich („Ermächtigungsgesetz“) am 23. März 1933 zugestimmt hatten. Bereits Ende 1946 richtete der Stuttgarter Landtag deswegen einen großen Untersuchungsausschuss ein. Am 9. Dezember 1950 warf Erich Mende dem Bundespräsidenten Theodor Heuss sein Abstimmungsverhalten am 23. März 1933 vor. Damit seien Narvik, Stalingrad und El Alamein letztlich erst ermöglicht worden. „Ich wünsche Ihnen“, hatte Heuss geantwortet, „dass Sie niemals so unter Druck und Drohungen abstimmen müssen, wie wir es damals mussten.“

Doch immer wieder kam es sporadisch zur Geschichtspolisierung des 23. März 1933. Dies zuletzt am 9. Februar 2002, als der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Ludwig Stiegler, die „Vorläufer“-Parteien der CDU/CSU und FDP beschuldigte, sie hätten Hitler verharmlost und mit an die Macht gebracht. Allein der darauf folgende Entrüstungstumult rechtfertigt und gebietet den Versuch einer Motiv- und Korrelationsanalyse des Unterganges der ersten deutschen Republik vor siebzig Jahren.

März 1933

Am 5. März erzielte die NSDAP bei den Neuwahlen zum Reichstag 43,9 Prozent. Das Verfehlen der absoluten Mehrheit wurde in einer schwarz-weiß-roten Kampffront mit der DNVP (52 Mandate) kompensiert. Die Nazis verfügten über 340 Sitze von 647. Um die notwendigen vier Fünftel für das angestrebte „Ermächtigungsgesetz“ zu erzielen, griff Hitler zu seiner Doppelstrategie von Anbiederung und Terror. Zunächst wurden die 81 Abgeordneten der KPD von der Mitwirkung im Reichstag ausgeschlossen. Legale Deckung dafür bot die Reichstagsbrandnotverordnung vom 28. Februar „zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“.

Daneben wurde die Fraktionsspitze des Zentrums (92 Sitze) geködert. Hitler stellte verklausuliert eine Regierungsbeteiligung in Preußen in Aussicht, bestätigte seine Bereitschaft, Beamte mit Z-Mitgliedschaft nicht aus dem Dienst zu ent-

lassen. Auch das Ausfertigungsrecht der Gesetze verbleibe beim Reichspräsidenten.

Aus dessen Umgebung erreichten das Zentrum Signale von einer wohl nicht allzu langen Dauer des Ausnahmezustandes. Hitler selbst hatte diesen nur für vier Jahre gefordert beziehungsweise bis zur Bildung einer neuen Regierung. Unter den drei größten Parteien NSDAP, SPD und KPD bildete Hitler für die Kirchen immerhin das alleinige Bollwerk gegen den gottlosen Bolschewismus. Von dem Ergebnis seines Gesprächs mit Hitler am 22. März hatte Ludwig Kaas seiner Fraktion zudem berichten müssen, dass der Kanzler seine Ziele auch im Wege des Staatsnotstandes durchzusetzen gedenke. Einerseits die eigene „vollständige Führerlosigkeit“ (Franz Graf von Galen) beklagend, wollte man andererseits nicht der „Fortführung des nationalen Rettungswerks“ (Kaas) entgegenstehen. Ein drohender Bürgerkrieg, Massenelend und Problemstau rieten zur Hinnahme des Ermächtigungsgesetzes, gleichermaßen um im höchsten Risiko das Letzte zu vermeiden. Denn seit den November-Wahlen 1932 verfügten die beiden Revolutionsparteien KPD und NSDAP über die absolute Mehrheit im Reichstag. Sie konnten jedes Kabinett der Mitte zerquetschen und die Lähmung vor allem der notwendigsten wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen beliebig hintertreiben. So kam ein zerquältes Ja des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz zu Stande. Das tapfere Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz vermochte die Zugriffswucht des neuen Regimes nicht abzufangen. Es sollte sich als drohendes Vorzeichen erweisen, als Hitler auf die von staatsmännischer Würde getragene Protestrede Otto Wels' höhnisch antwortete, dass die Herren von der SPD „nicht mehr benötigt“ würden.

Die übrigen kleinen Parteien, uneins mit sich, stimmten dem Ermächtigungs-

gesetz letztlich zu. Sie suchten ihre inzwischen eingetretene Belanglosigkeit mit einem Ja abzuschirmen und die völlige Sprengung aller Gesetzlichkeit abzdämpfen.

Dies schien jedenfalls die passabelste Notlösung zu sein, hatte Hitler doch am 23. März im Reichstag gedroht, dass er seine Gegner nicht bloß reizen würde, „statt sie entweder zu vernichten oder zu versöhnen“.

Kapitulation der Parteien

Die NS-Herrschaftspraxis machte sehr schnell klar, dass Versöhnung nur Unterwerfung heißen konnte. „Wir wollen einen neuen Menschen schaffen“, verkündete Hitler am 8. April 1933. Entsprechend hatten die alten Strukturen zu weichen oder sich der NSDAP zuzuordnen. Betroffen waren die Verbände, Organisationen und Institutionen der Beamten, Angestellten, Bauern, der Presse und des Rundfunks, der Schulen, Hochschulen und Akademien. Die Gewerkschaften mussten sich in die Deutsche Arbeitsfront wandeln. Jüdische und sozialistische Verbände wurden aufgelöst. Am 22. April beauftragte Hitler seinen Anwalt Hans Frank mit der Schaffung einer neuen Rechtsordnung. Sie lief auf die Monopolisierung der drei Gewalten hinaus. Der Staatsbürger als Rechtssubjekt wurde zum Volksgenossen ohne Klagerecht gegen die Willkür der verstaatlichten Parteigewalt. Opposition knüppelte die SA oder SS nieder. Im April 1933 befanden sich bereits in Preußen 2693 Personen in Schutzhaft. Ende Juni brannte die „Köpenicker Blutwoche“ gegen SPD, KPD, Juden und Katholiken los. 70 Personen blieben verschollen; 21 Morde waren nachweisbar.

Noch vor der Bücherverbrennung als Kampfsignal wider „undeutschen Geist“ verabschiedete die Deutsche Studentenschaft zwölf Leitsätze, in denen es unter anderem hieß: „Wer als Jude deutsch

schreibt, der lügt.“ In wenigen Monaten waren 45 000 von ihnen emigriert. Harry Graf Kessler notierte am 20. Juni über den Exodus deutscher Intellektueller: „Der ganze Kurfürstendamm ergießt sich über Paris.“

Den Mittel-Parteien zerbröckelte die Basis. Soziale Anpassungszwänge, Überzeugungswechsel aus Opportunismus oder „Erweckung“ sowie das Gefühl der Ausweglosigkeit machten die antikomunistische Hitler-Partei mit ihrem militanten Triumphalismus abstoßend und attraktiv zugleich.

Am 3. Mai erklärte die DNVP den Parteienstaat für überholt und nannte sich jetzt Deutsch Nationale Front. Am 27. Juni teilte die Pressestelle der NSDAP die Auflösung dieser Organisation mit.

Nach gezielten Einzelschlägen (unter anderem gegen Bolz, Ersing, Wessel) forderte Goebbels am 28. Juni das Zentrum auf, „den Laden zu schließen“. Das anstehende Reichskonkordat mit dem Vatikan veranlasste Erzbischof Gröber, vom Zentrum eine positive Einstellung zum neuen Staat einzufordern. „Dieser Wink wurde von der Zentrum-Führung dahin verstanden, dass der Vatikan das Zentrum abgeschrieben habe“ (Rudolf Morsey). Am 5. Juli folgte die Selbstaflösung der Partei „im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler“. Verbunden war damit die Empfehlung an die Parteimitglieder, beim Neubau des Staates mitzuwirken.

Die SPD als letzte Bastion der Linken stimmte trotz aller zwischenzeitlichen Verfolgung und nach Beschlagnahmung ihres Vermögens zwar am 17. Mai der „Friedensrede“ Hitlers zu, konnte aber nicht verhindern, dass die SPD am 22. Juni wegen Landesverrats für staats- und volksfeindlich erklärt wurde. Von Prag und aus dem noch nicht angeschlossenen Saargebiet waren nämlich immer wieder nazifeindliche Druckerzeugnisse der SPD-Auslandsvertretung ins Reich ge-

schleust worden, wo sich die Rumpffraktion der SPD ebenso elastisch wie aussichtslos um die Fortexistenz der Partei bemühte.

Hitlers Angriff am 1. April 1933 auf „die feige Bürgerlichkeit“ beließ den Parteien der Mitte keinerlei Tätigkeitsbereich mehr. Der Mitgliederverlust beschleunigte die Selbstaflösung. „Die jungen Menschen schauten sich nach Schutz um, und sie schauten in verlegene Augen“ (Theodor Heuss). Die Feier der Jugend wurde dagegen in Hitlers Reden zur politischen Epiphanie. Mitte 1933 befand sich die gesamte Jugendarbeit im Reich unter seiner Kontrolle. Am 6. Juli meldete Hitler seinen Reichsstatthaltern: „Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt.“ Solche Umformung pluraler Gesellschaft zur Schicksalsgemeinschaft kommentierte Harry Graf Kessler am 5. Mai 1933: „Es ist der grausamste Selbstmord, den ein großes Volk jemals begangen hat.“ Die meisten Deutschen empfanden diese Amputation demokratischer Freiheit wohl eher – wenngleich „freudenschlotternd“ (Karl Kraus) – als Notoperation.

Wie war es möglich?

Die Zugriffswucht in der Startphase des NS-Regimes offenbarte einen Ermüdungsbruch demokratischer Lebenskultur als Folge von vier Jahren Krieg und dreizehn Jahren ohne Frieden. Man schaute sich um und verstand nichts mehr. Man blickte in sich hinein, und der Blick ging ins Leere. Die Konsolidierung der Weimarer Republik scheiterte an exogenen Faktoren wie „Versailles“, Besatzung, Inflation, Reparationen und der „Entmannung“ des Reiches („Heerlos! Wehrlos! Ehrlos!“), aber vor allem an der exzessiven Hineinnahme dieser Themen in jede Diskussion. „Die intimen Seiten der deutschen Lage“ blätterte Ernst Troeltsch am 4. März 1922 auf: „Die heutige Welt ist trotz aller Programme abso-

lut zwiespältig und verlogen. Daher ist es auch so schwer für unsere Nation, geistig und gefühlsmäßig einen klaren Weg durch das Wirrsal zu finden.“ Was diesen Weg über Jahre hinweg erschwerte, brachte der damalige Regierungspräsident Ferdinand Friedensburg auf den Punkt: „Überempfindlichkeit für sich selbst, besonders aber für das Kollektivum der Partei, der Wirtschaftsgruppe, für den Stand, dem man angehörte, paarte sich mit roher Beleidigungslust dem anderen gegenüber. So viel der Gedanke der Einigkeit, der Volksgemeinschaft verkündet wurde, so selten geschah es unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtung für sich selbst.“ Solche Immunschwächen demokratischen Geistes in den widerstreitenden Gruppen deformierten eine Gesellschaft, „deren Meinungen sich gegenseitig aufheben“ (Ortega y Gasset) und die Herausbildung belastungsfähiger Herrschaft verhindern. Damit wuchs Hitler die Chance zu, „ein verunsichertes und mit sich selbst verfeindetes Volk von sämtlichen Übeln zu befreien“ (Fritz Stern), zumal Hitler sich dabei schnell vom Rebellen zum Staatsmann wandelte, dem Fürsorge und Friedensliebe scheinbar über alles gingen. Übers Radio rief er am 27. Mai 1933 der Welt zu: „Der Nationalsozialismus kennt keine Politik der Grenzkorrekturen auf Kosten fremder Völker.“

Innenpolitischer Klimawechsel

Den innenpolitischen Klimawechsel beschleunigten riesige Investitionsprogramme, welche die Menschen durch Arbeit und Leistung zur Eigenwürde zurückfinden ließen. Straßen- und Schienenausbau, Eigenheimsiedlungen, Ehestandsdarlehen, neue Fabriken, Fahnenappelle und Weihespiele narkotisierten den Aufbruch ins Ungewisse. Gleichzeitig mauserte sich die SA vor Ort zum Aufpasser gegen Mietwucher und Preissteigerungen. Hitler machte sich zum Anwalt

der kleinen Leute, Arbeiter und Bauern und nahm zugleich die Unternehmer an die volksnützliche Kandare. Der pathetische Schmelz in Hitlers Verhüllungsliturgien ließ selbst die Kirchen einschwenken. Hitler galt als integrierter Staatsführer, dessen Gewaltakte als „Tollheiten“ seinen Mitarbeitern zugeschrieben wurden (so zum Beispiel von Karl Bachem, MdR, Zentrum).

Konnte Hitler schlecht sein, wenn er eigens nach Bad Aibling fuhr, um dem Abt Albanus Schachleitner zum 76. Geburtstag zu gratulieren?

Die aus dem Chaos schwellende Bereitschaft zum völkischen Großexperiment und die flutende Erwartungshitze trafen auf Ordnung satt. Im Kerker der völkischen Gemeinschaft hungerte kein Genosse.

Deutsches Freiheitsverständnis

Die Annahme des hierarchischen Integralismus, die Massenloyalität im gestrengen Wohlfahrtsstaat offenbarten ein deutsches Freiheitsverständnis besonderer Art. Im Gegensatz zum Charakter unserer heutigen Verfassung, die Grundelemente streitbarer Demokratie als unveräußerlich (Artikel 79,3) ausweist, waren alle Freiheitsrechte – sowie soziale Grundrechte ohnehin – nach der Weimarer Reichsverfassung durch Gesetz beschränkbar. „Ganz in der Tradition des späten neunzehnten Jahrhunderts schloss die Staatsrechtslehre daraus, dass Grundrechte nur im Rahmen der Gesetze galten, nicht umgekehrt Gesetze im Rahmen der Grundrechte“ (Dieter Grimm). Der Verteidigungswert eines solchermaßen verengten Freiheitsbegriffes nutzte sich in der Phase der Diktaturgewöhnung während der Kabinette Brüning, von Papen, von Schleicher (März 1930–Januar 1933) noch weiter ab. Denn die Präsidialregime sollten dem Schutz des Verfassungsstaates gegen die Radikalen dienen, wobei sich – so E. R. Huber – mit fortschreiten-

der Dauer und Verschärfung der Krise allerdings dessen Funktionsstörungen verhärteten. Vertan war alle selbsttragende Stabilität.

Unsere Verbindung mit „Weimar“ besteht in einem wuchernden Ahnen: Oder in den Folgen sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen, zunehmender Glaubensferne und eines Zeitgeistes, der den Weg zu Deutschlands Selbstanahme – gerade auch über seine Geschichte – mit fruchtlosem Moralismus zustellt und den aufrechten Gang unter schwerer Last verbietet.

Blick auf die Zukunft

Mit Blick auf die Zukunft und auf Deutschlands Stellung in Europa kann „Weimar“ zwar nicht lehren, was kommt, aber wohl, womit wir rechnen müssen. Und eine weitere Warnung aus

„Weimar“: Klare politische Programmatik lieferte sich ab 1930 der Taktik der Machtsicherung aus. Kommunisten und Nazis bestreikten gemeinsam die Berliner Verkehrsbetriebe. Die SPD verlor ihre Glaubwürdigkeit im Wahlkampf zu Gunsten Hindenburgs und mit der Tolerierung des autoritären Kabinetts Brüning. Als Führer der Konservativen fingerte Reichskanzler General Kurt von Schleicher an einem Querfront-Konzept mit Gewerkschaften und dem Strasser-Flügel der NSDAP.

Die Massen quitierten solches – zumal erfolglos – Taktieren als Charakterlosigkeit und übten im Wahlakt Rache an den Regierenden. Im Spiegel der Geschichte verschärfen sich die Konturen der Gefahr für das Allgemeinwohl, wenn sich Parteiinteressen gegenseitig blockieren, statt einander zu befruchten.

Aus der Perspektive eines politischen Gefangenen

„Der Irakkrieg war ein Kampf gegen einen totalitären Despoten. Ich wüsste nicht, wie ich dem meine Unterstützung hätte versagen können. Was das Völkerrecht betrifft: Wir haben uns wirklich sehr bemüht, den Sicherheitsrat auf unsere Seite zu ziehen. Die Franzosen haben das blockiert. [...]“

Die französische Politik bedeutete de facto die Verlängerung der Herrschaft Saddam Husseins. Ich sehe diese Angelegenheit aus der Perspektive eines politischen Gefangenen in Bagdad, Basra oder Kirkuk. Und da wäre es mir wirklich egal, ob ich aus diesem Gefängnis mit oder ohne Genehmigung des Sicherheitsrates befreit werde. [...]“

Glauben Sie nicht, dass ein Regime, das seinen Gegnern die Zungen herausreißt, um jeden Preis beseitigt werden musste, selbst wenn keine Massenvernichtungsmittel gefunden werden können? Hätte man warten sollen, bis Saddam diese Waffen für alle sichtbar in Händen hält? Übrigens: Diejenigen, die uns Kriegsbefürwortern erwidert haben, es gebe auch andere Wege, mit solchen Diktatoren umzugehen, haben nun eine hervorragende Gelegenheit, ihre Methoden zu erproben. Am Falle Nordkoreas können Paris und Berlin doch jetzt bitte zeigen, wie man totalitäre Regime auf sanftere Weise beseitigt. Willkommen in Pjöngjang!“

Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza* (Warschau), am 28. Mai 2003 in *Die Zeit*.